

Protokoll Nr. 2 über die Sitzung des Schulausschusses

Sitzungstermin: Mittwoch, 09.02.2022
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:50 Uhr
Sitzungsort: Nordseehalle, Früchteburger Weg 17-19

Anwesend:

Vorsitzende

Kruse, Doris

SPD-Fraktion

Götze, Horst
Kruse, Detlef
Noetzel, Sabine

CDU-Fraktion

Held, Wilke
Ohling, Albert

Gruppe GRÜNE feat. Urmei

Göring, André
Nützel, Christian

FDP-Fraktion

Busch, Friedrich

GfE-Fraktion

Janssen, Bernd

Gruppe DIE FRAKTION

Mennenga, Lars

Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder

Deitenbach, Daniel
Grabowski, Frank für Johann Doden
Höcker, Eike
Kröger-Vodde, Malte
Lechner, Katja
Mentjes, Zerrin
Schönfuß-Bloem, Michaela für Claas Thermöhlen

Verwaltungsvorstand

Grendel, Volker

von der Verwaltung

Christians, Jörg
Groeneveld, Michael
Erfeling, Klaus
Seul, Elisabeth

Protokoll Nr. 2 über die Sitzung des Schulausschusses

Protokollführung

Bleeker, Sonja

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Kruse begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Kruse teilt mit, die Tagesordnung werde um den TOP 2.1 „Verpflichtung der sonstigen stimmberechtigten Mitglieder gemäß § 54 (3) NKomVG“ ergänzt.

Beschluss: Die geänderte Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2.1 Verpflichtung der sonstigen stimmberechtigten Mitglieder gemäß § 54 (3) NKomVG

Frau Kruse nimmt die Verpflichtung der sonstigen stimmberechtigten Mitglieder Michaela Schönfuß-Bloem und Frank Grabowski gemäß § 54 (3) NKomVG vor.

TOP 3 Einwohnerfragestunde

Herr Jochen Szameit (Schulleiternratsvorsitzender des Johannes-Althusius-Gymnasiums) nimmt Bezug auf den TOP 4 "Schülertransport zu Pandemiezeiten und stellt folgende Fragen:

- Warum die Ängste und Sorgen der Kinder, die nach Aussagen von Experten und der Politik besonders unter der Einschränkung aufgrund der Pandemie gelitten hätten, ignoriert würden?
- Was diesbezüglich geplant bzw. bereits geschehen sei und wie ggf. diese Maßnahmen kontrolliert würden?

In diesem Zusammenhang beklagt er die verhaltene Resonanz auf seine E-Mail vom Januar d. J., die er an die Verwaltung und die Politik gesendet habe. Auf Antrag der FDP-Fraktion sei die Thematik auf die Tagesordnung gesetzt worden. Weil er mit der Wahrnehmung seiner Nachricht nicht einverstanden gewesen sei, habe er sich zudem an die Presse gewandt.

Frau Kruse bedankt sich für die Fragen und erklärt, diese würden unter TOP 4 beantwortet.

Protokoll Nr. 2 über die Sitzung des Schulausschusses

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN & GRUPPEN

TOP 4 Schülertransport zu Pandemiezeiten;
- Antrag der FDP-Fraktion vom 15.01.2022
Vorlage: 18/0199

Herr Groeneveld informiert einleitend, aufgrund eines Antrages der FDP-Fraktion vom 15.01.2022 sei das Thema Schülertransport zu Pandemiezeiten auf die Tagesordnung genommen worden. Bereits im Herbst sei dieses Thema im Schulausschuss behandelt worden. Grundsätzliche Änderungen gebe es nicht. Der Schülertransport im Bereich der Stadt Emden sei nicht überfüllt. Frau Frerichs und Herr Peters von der Stadtverkehr Emden GmbH seien zur heutigen Sitzung eingeladen worden, um über den Sachstand zu berichten.

Frau Frerichs berichtet, es seien der Stadtverkehr Emden GmbH keine großen Beschwerden bekannt. Derzeit seien sämtliche Busse, d. h. alle Linienfahrten sowie Schulfahrten, in dem Normalfahrplan integriert. Der Schülerverkehr werde von vier Zügen (Bus plus Anhänger) unterstützt. Diese Züge würden zu Spitzenzeiten flexibel eingesetzt. Auf diese Weise verteile sich das Fahrgastaufkommen in den Bussen besser und die Fahrgäste hätten insgesamt mehr Platz. Um den größtmöglichen Abstand zu den anderen Fahrgästen zu gewährleisten, würden die Fahrgäste per Durchsagen aufgefordert, die gesamte Länge des Fahrzeuges zu nutzen.

Sie unterstreicht, die Stadtverkehr Emden GmbH habe ein Augenmerk auf die Fahrgastentwicklung in den Bussen. Sollte es erforderlich sein, würden die Fahrzeuge entsprechend der Umläufe angepasst. Für den Einsatz würde ein gewisses Kontingent an Fahrzeugen zur Verfügung stehen. Es bestehe zudem ein ständiger Dialog mit dem FD Schule, Bildung und Sport.

Herr Erfeling bestätigt den Bericht von Frau Frerichs. Aktuell sei die Situation relativ entspannt. Der Fachdienst Schule, Bildung und Sport stehe in engem Kontakt mit der Stadtverkehr Emden GmbH.

Frau Kruse erteilt der Antragstellerin das Wort.

Herr Busch weist darauf hin, die Bürgerschaft nehme nicht wahr, dass die Verwaltung sich um den Schülertransport kümmere. Er denke, dass durch die Aktivität mancher Schüler*innen der Eindruck entstehen könnte, dass die Sicherheitsabstände nicht eingehalten würden. Von den Bemühungen der Beteiligten sei er überzeugt. Er würde es begrüßen, wenn die Thematik auch weiterhin im Blick behalten werde und die Erziehungsberichtigten informiert würden.

Herr Groeneveld geht auf die Problematik mit Schüler*innen aus dem LK Aurich, die zum Teil das Johannes-Althusius-Gymnasium besuchten, ein. Die Zuständigkeit des Schülertransportes liege hier beim LK Aurich. Es sei eine Umfrage an der Schule gestartet worden. Dadurch wisse die Verwaltung, dass dort die Busse überfüllter seien. Die Verwaltung stehe mit dem LK Aurich sowie mit dem Stadtelternterrat im Austausch und habe Kontakt zwischen den Beteiligten hergestellt. Er sichert zu, dass eine Verbesserung der Situation im Blick behalten werde.

Frau Kruse bedankt sich für die Erläuterungen und bittet um Wortmeldungen.

Frau Lechner berichtet von dem Problem, dass in der Vergangenheit die Anhänger der Busse nicht geöffnet worden seien. Demzufolge konnten die Schüler*innen nur den vorderen Bereich der Busse nutzen. Sie erkundigt sich nach der aktuellen Situation. **Frau Frerichs** antwortet, grundsätzlich würden die Anhänger geöffnet. Sie erkundigt sich, ob dieses Problem dauerhaft

Protokoll Nr. 2 über die Sitzung des Schulausschusses

bestanden habe und bittet um nähere Angaben. **Frau Lechner** könne sich erinnern, dass Schüler*innen in der Vergangenheit über diese Problematik diskutiert hätten. Sie wolle damit nicht aussagen, dass die Anhänger aktuell nicht geöffnet worden seien. **Frau Frerichs** sichert eine Überprüfung zu.

Herr Göring erkundigt sich nach der Grenze der Fahrgastzahl in einem Linienbus. Er fragt, ob die Beschwerde von Herrn Szameit auch an die Verkehrsunternehmen geleitet worden sei. Die Aussage scheine im Widerspruch zu stehen mit der Wahrnehmung der Verwaltung und der Stadtverkehr Emden GmbH. Dies deute seiner Ansicht nach auf ein Problem mit der Transparenz von Informationen hin.

Herr Groeneveld erklärt, die dort aufgetretenen Beschwerden würden nicht den Emden Stadtverkehr betreffen, sondern es handele sich um Schüler*innen des LK Aurich, welche mit der Weser-Ems-Busverkehr GmbH befördert würden. Aufgrund dessen sei beim der Stadtverkehr Emden GmbH keine Beschwerde eingegangen. Die Verwaltung habe die Beschwerde erhalten und sei dieser nachgegangen. Die Zuständigkeit liege jedoch beim LK Aurich.

Herr Held wirbt dafür, etwas verbindlicher mit dem Problem umzugehen. Es gebe die Umfrage am Johannes-Althusius-Gymnasium sowie die unterschiedlichen Wahrnehmungen. Es sei wichtig, die Beschwerderegulung transparent zu halten.

Frau Mentjes sieht die Situation kritischer und meint, dass Theorie und Praxis nicht ganz übereinstimmen. Sie selber habe die Situation in Augenschein genommen und festgesellt, dass Kinder im Gang stehen würden, weil alle Plätze belegt seien oder die Kinder sich nicht trautes, sich neben jemanden zu setzen. Allerdings habe sie diese Beobachtung in einer Buslinie nach Aurich gemacht. Sie widerspricht, dass es im Stadtverkehr Emden keine Probleme gebe. Der Stadtelternrat habe Kenntnis darüber, dass auch in Borssum Kinder stehen gelassen worden seien, weil der Bus überfüllt gewesen sei. Auch seien die Anhänger weiterhin geschlossen. Sie appelliert, es könne nicht immer nur von Statistiken ausgegangen werden.

Herr M. Kröger-Vodde berichtet, er nutze die Buslinie vom Stadtteil Borssum zum Johannes-Althusius-Gymnasium. Seiner Erfahrung nach würden die Anhänger immer geöffnet sein. Trotzdem sei die Situation so, dass sowohl im Bus als auch im Anhänger die Fahrgäste stehen müssten. Die Sitzplätze seien alle belegt und Schüler*innen trautes sich nicht neben jemanden Platz zu nehmen. Oftmals befinden sich auf den Sitzplätzen auch Schultaschen. Er könne dieses Verhalten der Schüler*innen zu Corona-Zeiten verstehen. Die Busfahrer*innen würden zwar Durchsagen machen, jedoch sei die Kapazität der Busse begrenzt. Die Busse seien in der aktuellen Situation definitiv überfüllt.

Frau Frerichs sagt, die Beschwerde vom Januar d. J. sei nicht bei der Emden Stadtverkehr GmbH eingegangen. Sie antwortet, aktuell werde mit 65 bis 70 Personen pro Bus geplant.

Aufgrund der verschiedenen Aussagen bittet **Frau Kruse** die Emden Stadtverkehr GmbH um eine Überprüfung der Thematik und um Mitteilung an die Verwaltung. **Frau Frerichs** sichert dies zu.

Herr Grendel gibt zu bedenken, dass beispielsweise bei einem früheren oder gleichzeitigen Unterrichtschluss mehrere Schulklassen zeitgleich die Schulbusbeförderung nutzen. Dies sei nicht immer kalkulierbar. Im Nachhinein seien die geschilderten Situationen schwierig auszumachen. Deshalb müsse eine Beschwerde positioniert werden, um nachverfolgbar zu sein. Er sichert zu, die Thematik gemeinsam mit Frau Frerichs noch einmal zu eruierten und zu präzisieren.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Protokoll Nr. 2 über die Sitzung des Schulausschusses

TOP 5 Einladung von Frau Dr. Katharina Lühring zum Thema „Freie Schule Emden“;
 - Antrag der FDP-Fraktion vom 21.10.2021
 Vorlage: 18/0200

Herr Busch begrüßt den Vorstoß von Frau Dr. Lühring zur Gründung einer freien Schule in Emden und erläutert den Antrag der FDP-Fraktion vom 21.10.2021.

Herr Groeneveld teilt mit, gemäß dem Niedersächsischen Schulgesetz könne jede Person eine Ersatzschule in freier Trägerschaft beantragen. Hier handele es sich um die Einrichtung einer Ersatzschule als Grundschule mit besonderer pädagogischer Prägung, d. h. diese Schule sei im Prinzip einer Regelschule gleichgestellt. Der Unterschied sei, dass nicht die Stadt Emden der Schulträger sei, sondern der von Frau Dr. Lühring gegründete Verein. Auch der Schulausschuss sei als Organ nicht bestimmend für diese Schule. Eine finanzielle Unterstützung seitens der Stadt Emden erfolge nicht. Frühestens nach drei Jahren sei eine Unterstützung durch das Land Niedersachsen möglich. Der FB 600 stehe von Beginn an mit Frau Dr. Lühring in einem Austausch. Ihr Projekt sei im Rahmen einer Fachdienstleiterkonferenz vorgestellt worden.

Frau Kruse bedankt sich für die Einleitung und bittet Frau Dr. Lühring um ihre Vorstellung.

Frau Dr. Lühring bedankt sich, auch im Namen von Herrn Dr. Kaufhold, für die Einladung. Anhand einer Power-Point-Präsentation stellt sie das Leitbild „Meine freie Schule“ vor und geht auf das pädagogische Konzept ein. Im Anschluss der Präsentation freue sie sich über Fragen, die sie gerne beantworten werde. Diese Präsentation ist unter www.emden.de einsehbar.

Frau Kruse bedankt sich für die Vorstellung und bittet um Wortmeldungen.

Herr Held bedankt sich ebenfalls für die Vorstellung. Der CDU-Fraktion sei das pädagogische Konzept bereits durch Herrn Dr. Kaufhold vorgestellt worden. Er stimme zu, eine Schule in freier Trägerschaft könne das Bildungsangebot in der Stadt Emden bereichern. Bei dem Vorhaben sei wichtig, auch den zweiten Schritt mitzudenken. Deshalb habe die CDU-Fraktion noch Fragen:

- Seien für den Sportunterricht Hallenzeiten verfügbar? Seiner Kenntnis nach solle die Sporthalle der Osterburgschule in Borssum mitgenutzt werden.
- Mit welchen Schülerzahlen rechne die Freie Schule mittelfristig, um ihr Angebot dauerhaft finanzieren zu können?
- Welche Auswirkungen würden sich für die Schülerströme an den staatlichen Grundschulen ergeben?
- Welche Schülerzahlen seien nötig, um das Angebot bis zu einem Abschluss in der Sekundarstufe I zu erweitern?
- Was passiere nach dem abgeschlossenen 4. Schuljahrgang?

Weiter führt er aus, erfahrungsgemäß sei der Schritt von den Grundschulen an die weiterführenden Schulen für die Schüler*innen groß. Die weiterführenden Schulen würden bereits jetzt erhebliche Ressourcen bieten, um diesen Schritt zu erleichtern. Auch ständen die Schulen im regen Austausch mit den Grundschulen. Es sei seiner Ansicht nach naiv, wenn angenommen werde, es seien seitens der weiterführenden Schulen erhebliche Ressourcen verfügbar, um den Austausch zur freien Grundschule intensiv gestalten zu können. Er fragt, wer diesen Austausch leisten solle. Die Problematiken seien von Frau Dr. Lühring selber angesprochen worden. In der freien Schule würde in sehr kleinen Klassenverbänden unterrichtet. Der Teiler der staatlichen Schulen sei vorgegeben.

Protokoll Nr. 2 über die Sitzung des Schulausschusses

Als weiteres Beispiel sei die Identifizierung mit der freien Schule genannt worden. Die Kinder müssten nach der 4. Klasse in eine weiterführende staatliche Schule wechseln, solange das Angebot bis zum Sekundarabschluss seitens der freien Schule nicht vorgehalten werde. Er befürchtet, dass der Schulwechsel Eltern, Kinder und Schule überfordern könnte. Diese Frage sei elementar und müsste genauer geklärt werden.

Frau Dr. Lühring antwortet, die Nutzung der Sporthalle sei abschließend zu klären, sobald das angestrebte Schulgebäude tatsächlich zur Verfügung stehe. Vorher mache eine verbindliche Planung keinen Sinn. Zunächst müsse auf eine bestehende Sporthalle zurückgegriffen werden.

Herr Dr. Kaufhold teilt mit, er sei von 1979 bis 2015 im Schuldienst tätig und ab 1984 mit Schulleitungsaufgaben betreut gewesen. Dadurch verfüge er über entsprechende Erfahrungen, die er in die Gründung dieser Schule hineinbringen möchte. Er leite das Gründungsteam dieser Schule. Er erläutere, es werde versucht eine Form der Pädagogik zu praktizieren, welche mit Erneuerungen aus der „Hattie-Studie“ zusammenhänge. Diese Studie habe ergeben, dass die Lehrerpersönlichkeit wesentlich für die Entwicklung der Kinder sei und in Übereinstimmung gebracht werden könne. Ferner gebe es ein Schulqualitätsmanagement und ein erstes angefertigtes Schulprogramm.

Zu der Frage nach den Schülerzahlen hält er fest, die Stadt Emden halte keine freie Schule vor. Emdener Kinder, die eine freie Schule besuchen möchten, würden von den Eltern an die außerorts existierenden freien Schulen angemeldet. Der FD Schule, Bildung und Sport müsste Auskunft über die Zahlen geben können. Im Moment seien 12 Schüler*innen pro Klasse an der Freien Schule Emden vorgesehen. Diese Schülerzahl werde nur unwesentliche Auswirkungen auf den derzeitigen Schulbetrieb haben.

Zu der Frage nach den Übergängen an die weiterführenden Schulen antwortet er, in jedem Team würden zwei Lehrkräfte zusammenarbeiten. Dies sei an den allgemeinbildenden Schulen ebenso. Die Fächer an einer Grundschule müssten mindestens von zwei Lehrkräften erteilt werden. An der Freien Schule Emden würden Lernstandsbeschreibungen gemeinsam von beiden Lehrkräften, auch unter Einbezug und Beratung mit den Eltern, gefertigt. Wie bei den allgemeinbildenden Schulen üblich, werde eine Konferenz gemeinsam mit der aufnehmenden Schule durchgeführt. Bei dieser Konferenz gehe es nicht nur um die Klassenbildung, sondern auch um den Austausch der Lernleistungsstände. Es dürfe auf gar keinen Fall passieren, dass in irgendeiner Form ein Kind plötzlich an eine Schule wechsele und dort die Orientierung verliere, betont er. Im letzten Halbjahr des 4. Schuljahres gebe es Hospitationen an der jeweiligen weiterführenden Schule. Dieses Modell werde auch an allen allgemeinbildenden Schulen praktiziert.

Frau Dr. Lühring antwortet auf die letzte Frage, dass für eine weiterführende Schule 12 Schüler*innen notwendig seien, weil es sich um eine Neugründung einer weiterführenden Schule handle. Soweit die freie Schule starte, gehe sie davon aus, dass diese Schüleranzahl vorhanden sei.

Herr Göring bedankt sich für den Vortrag. Er begrüßt den Mut, ein solches Projekt zu starten, welches durchaus als Bereicherung für Emden gesehen werden könne. Er fragt nach konkreten Unterschieden zu einer staatlichen Schule. Hinsichtlich des pädagogischen Konzeptes und den Einbezug von Ergotherapeuten und Logopäden erkundigt er sich nach der Finanzierung. Er könne sich vorstellen, dass es zu zunächst eine höhere Nachfrage zum Besuch der Freien Schule Emden geben werde. Er fragt nach der maximalen Anzahl der Schüler*innen und ob es dann weiterhin möglich sei, die Klassenstärke klein zu halten. Weiter macht er auf den Fachkräftemangel aufmerksam und möchte wissen, ob zur Sicherstellung des Unterrichtes genügend Lehrkräfte vorhanden seien.

Protokoll Nr. 2 über die Sitzung des Schulausschusses

Frau Dr. Lühring antwortet zu der Frage zum pädagogischen Konzept, der Frontalunterricht werde ganz zurückgeschaltet. Die Kinder würden Lernmaterial erhalten, mit dem sie sich individuell beschäftigen könnten. Der Vorteil dabei sei, dass Kinder individueller beschult würden und sie ihr eigenes Lerntempo selbst bestimmen könnten. In Regelschulsystemen müssten Lehrkräfte die entsprechenden Punkte abarbeiten und die Kinder müssten die Ziele zu einem bestimmten Zeitpunkt erreicht haben. Dadurch entstehe Zeitdruck für die Kinder. Dieser solle beim pädagogischen Konzept der freien Schule entschleunigt werden. Das Curriculum der freien Schule bilde das Regelschulcurriculum ab. Demnach hätten die Kinder am Ende der 4. Klasse alles gelernt, was sie auch an Regeschulen lernen würden, dies allerdings im eigenem Lerntempo.

Zu der Frage auf das interdisziplinäre Team antwortet sie, der Finanzierungsplan sei sehr zeitaufwendig gewesen. Sämtliche Kosten, d. h. auch Miet- und Personalkosten, seien in diesem Finanzierungsplan eingearbeitet worden. Über diesen Finanzierungsplan könnten beispielsweise die Stunden für die Ergotherapie abgerechnet werden.

Da es sich um einen Prozess handle, sei die maximale Schülerzahl schwierig zu benennen. Gestartet werde mit einer niedrigen Schülerzahl in einem kleinen Gebäude. Perspektivisch müsste man umziehen in ein größeres Gebäude. An Zukunftsperspektiven werde gearbeitet.

Zudem sei ein sehr gutes Lehrerteam gefunden worden und sie sei sich sicher, dass dieses Team das pädagogische Konzept umsetzen werde.

Herr Kruse bedankt sich bei Frau Dr. Lühring für die Präsentation. Er stellt fest, dass die Schülerzahlen schwierig zu kalkulieren seien, weil in den umliegenden Landkreisen und Städten bereits freie Schulen existierten. Er nimmt Bezug auf die Aussage, dass die freie Schule zunächst in einem kleineren Gebäude starte und fragt nach der Vorgehensweise, falls die Schulanmeldungen höher seien als die Aufnahmekapazität. Weiter fragt er nach der Höhe des Kostenanteiles für Erziehungsberechtigte.

Frau Dr. Lühring hoffe so vorausschauend arbeiten zu können, um gar nicht in die Situation zu kommen, Anmeldungen von Schüler*innen abzulehnen zu müssen. Es solle die Möglichkeit geschaffen werden, Räumlichkeiten ggf. so zu erweitern, damit weitere Schüler*innen aufgenommen werden könnten. Bei dem Gebäude, welches derzeit im Blick sei, würde eine Vergrößerung durch die Aufstellung eines Containers gegeben sein.

Zur Frage zum Kostenanteil antwortet sie, ihr sei es sehr wichtig, dass jede Familie dieses Angebot wahrnehmen könne. Ein Besuch der Schule solle nicht nur für Kinder möglich sein, deren Eltern über die dafür nötigen finanziellen Mittel verfügten. Dementsprechend habe sie sich für ein einkommensabhängiges Schulgeld entschieden.

Frau Lechner bezieht sich auf die Aussage von Herrn Kruse. Ihres Wissens nach gebe es kein Grundschulkind, das aktuell eine Grundschule in freier Trägerschaft in einer umliegenden Kommune besuche. Ihr seien lediglich Schüler*innen bekannt, die bereits eine weiterführende Schule in freier Trägerschaft besuchten. Sie fragt, ob der Verwaltung Zahlen von Grundschüler*innen bekannt seien.

Herr Groeneveld teilt mit, er könne auf diese Frage keine verlässliche Antwort geben und sichert eine Beantwortung über das Protokoll zu.

Protokoll Nr. 2 über die Sitzung des Schulausschusses

Anmerkung der Protokollführung:

Laut Mitteilung von Herrn Groeneveld, FD Schule, Bildung und Sport, vom 18.02.2022 besuchen Kinder aus dem Schuleinzugsgebiet der Stadt Emden aktuell zwei freie Schulen, sowohl im Primar-, als auch im Sek 1 Bereich.

*An der Freien Christlichen Schule Ostfriesland in Veenhusen erfolgt die Beschulung von 8 Schüler*innen an der Grundschule und 54 Schüler*innen an der weiterführenden Schule, welche als IGS geführt wird.*

*An der Freien Waldorfschule Ostfriesland in Aurich erfolgt die Beschulung von 3 Schüler*innen an der Grundschule und 3 Schüler*innen an der weiterführenden Schule, welche ebenfalls als Gesamtschule geführt wird.*

Fraglich ist, ob aus der Anzahl der beschulten Kinder an diesen Schulen Rückschlüsse auf die Bedarfe einer Freien Schule in Emden gezogen werden können. Alle freien Schulen arbeiten mit einem eigenen Konzept, welches in vielen Punkten voneinander abweicht.

Frau Kruse hält fest, dass Emders Schüler*innen bei Errichtung der Freien Schule Emden nicht mehr in die umliegenden Städte und Gemeinden befördert werden müssten.

Dr. Kaufhold schildert aus seiner Erfahrung als Schulleiter, seinerzeit hätten Eltern, deren Kinder an der evangelischen Schule in Veenhusen angemeldet worden seien, die Schülerbeförderung mit dem Bus eigenständig übernommen. Die Einrichtung einer freien Schule sei für die Stadt Emden ein Zusatzangebot, welches seit vielen Jahren fehle.

Herr Göring argumentiert, Schüler*innen, welche die umliegenden freien Schulen besuchten, fehle u. U. der soziale Kontakt an ihrem Wohnort. Dies sei auch zu berücksichtigen und sei seiner Meinung nach für die Entwicklung eines Kindes sehr wichtig. **Frau Dr. Lühring** stimmt dem Argument von Herrn Göring zu. Aus eigener Erfahrung könne sie bestätigen, dass soziale Kontakte in einem solchen Fall schwierig seien.

Abschließend bedankt sich **Frau Kruse** bei Frau Dr. Lühring und Herrn Dr. Kaufhold und wünscht ihnen viel Erfolg für das Vorhaben.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 6 Erstellung einer Kostenaufstellung für die Ausstattung aller Klassenräume mit Luftfilteranlagen, sowie Messungen der Keimbelastung in Klassenräumen, die bereits eine Luftfilteranlage nutzen;
- Antrag des Stadtelternrates Schulen vom 24.01.2022
Vorlage: 18/0201

Frau Mentjes erläutert den Antrag des Stadtelternrates Schulen vom 24.01.2022.

Herr Groeneveld macht deutlich, dass der Einsatz von Luftreinigungsgeräten das Lüften über das Fenster nach dem 20-5-20 Prinzip nicht ersetze. Die Vorgaben würden sich dadurch nicht ändern. Er informiert, durch die Fördergelder des Landes seien in über 80 Unterrichtsräumen Luftreinigungsgeräte aufgestellt worden. Ein Großteil der Schulen habe auf die Lärmbelastung der Geräte hingewiesen. Aktuell würden gemeinsam mit der Zuliefererfirma die Unterrichtsräume besichtigt, um den Aufstellungsort der Geräte zu optimieren, damit die Lärmbelastung erträglicher

Protokoll Nr. 2 über die Sitzung des Schulausschusses

werde. Eine grundsätzliche Lärmbelästigung sei nicht zu vermeiden. Insbesondere in den unteren Jahrgängen der Grundschule behindere dies den Unterricht.

Hinsichtlich der Ausstattungszahlen verweist er auf die Stellungnahme der Verwaltung in der Vorlage 18/0201. Aus Sicht der Verwaltung liege auch die Anschaffung sowie Finanzierung weiterer Luftreinigungsgeräte in der Zuständigkeit des Landes.

Der zweite Teil des Antrages befasse sich mit einer Messung der Keimbelastung in Klassenräumen. Das Gebäudemanagement habe eine Anfrage an die DEKRA gestellt, welche grundsätzlich Raumluftmessungen durchführe. Laut Mitteilung der DEKRA gebe es nach derzeitigem Wissensstand kein Prüfverfahren und auch keine Richt- und Grenzwerte, welche die Reinigungsleistung der Geräte bewerten könnte.

Frau Kruse bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Held teilt mit, die CDU-Fraktion begrüße den Antrag. Grundsätzlich teile seine Fraktion die Auffassung der Verwaltung, dass die Anschaffung weiterer Luftreinigungsgeräte in der Zuständigkeit des Landes liege. Die zusätzlichen Mittel i. H. v. 1,2 Mio. Euro seien erheblich und könnten aus Sicht der CDU-Fraktion nicht vollständig aus dem städtischen Haushalt finanziert werden.

Seiner Meinung nach sei Emden ein guter Bildungsstandort. Seine Fraktion erkenne an, dass die Kleinsten die größte Sicherheit benötigten. Nach heutigem Stand würden Luftreinigungsgeräte jedoch nicht das Lüften nach dem 20-5-20 Prinzip sowie das Tragen einer Maske ersetzen.

Sollte es eine Initiative geben, um Grundschulräume städtischen Mitteln mit Luftfilteranlagen auszustatten, würde die CDU-Fraktion diese mittragen.

Herr Janssen gibt an, die GfE-Fraktion unterstütze den Antrag des Stadtelternrates Schulen. Seine Fraktion vertrete die Meinung, dass bei den Kindern nicht gespart werden dürfe. In erster Linie liege die Verantwortung allerdings beim Land. Aber auch die Stadt Emden als kommunaler Träger habe eine hohe Verantwortung. Er stimme Herrn Held zu, dass der städtische Haushalt sehr stark belastet sei. Dennoch müssten mit Blick auf die Corona-Situation Lösungsansätze gefunden werden. Schüler*innen hätten unter der Pandemie am meisten gelitten.

Er bemerkt, während seiner mehrjährigen Ratstätigkeit habe er festgestellt, dass für Wünsche und Anregungen des Verwaltungsvorstandes oftmals finanzielle Möglichkeiten gefunden worden seien.

Die GfE-Fraktion habe sich hinsichtlich der Finanzierung Gedanken gemacht. Er nennt als Beispiel den Investitionsplan. Dort seien für die Jahre 2021 bis 2025 1 Mio. € als Eigenkapitalausstattung in das Hans-Susemihl-Krankenhaus investiert worden. Er schlägt vor, diese Summe zu strecken und ein Jahr auszusetzen. Sollte eine Finanzierung seitens des Landes nicht erfolgen, würde seine Fraktion eine Lösung auf kommunaler Ebene begrüßen.

Herr Göring kenne aus eigener Erfahrung die aktuellen Schwierigkeiten des Schulunterrichtes. Jedoch Gelder in die weite Zukunft zu verschieben, die den Haushalt sehr stark belasten würden, sehe er skeptisch. Es dürfe nicht vergessen werden, dass dies von den nachkommenden Generationen mitzutragen sei. In den kommenden Jahren seien Kostenprobleme auch an anderen Stellen zu erwarten. Vor diesem Hintergrund rate er zur Vorsicht.

Auch er stimme den Ausführungen von Herrn Groeneveld zu, dass ein Luftreinigungsgeräte das Lüften nicht ersetze. Für den Antrag des Stadtelternrates Schulen signalisiert er Verständnis. Er erkundigt sich nach dem Übertragungsweg des Corona-Virus an Schulen. Die Übertragung über

Protokoll Nr. 2 über die Sitzung des Schulausschusses

Aerosole sei sicherlich ein Punkt aber möglicherweise gebe es noch weitere Übertragungswege. Seiner Meinung nach könne aufgrund der fehlenden Daten und Fakten keine abschließende Entscheidung getroffen werden.

Herr Grendel informiert, an den Schulen gebe es ein verteiltes Infektionsgeschehen. Eine Clusterbildung gebe es in einzelnen Klassen. Dies sei im Moment an drei Schulen der Fall. An den anderen Schulen seien es in der Regel Einzelfälle. Enge Kontaktpersonen müssten sich in Quarantäne begeben. Zum Übertragungsweg erklärt er, dass die Schmierinfektion völlig untergeordnet sei und die Übertragung überwiegend über Aerosole erfolge. Dies mache es gerade so schwierig, diese Übertragungsketten nachzuvollziehen.

Er weist auf den Unterschied hin, dass es sich nicht um Lüftungsgeräte, sondern um Luftreinigungsgeräte handele. Dies seien umwälzende Geräte, die nicht für eine Frischluftzufuhr sorgten, sondern unter bestimmten Bedingungen die Virenlast in der Raumluft verringern könnten. Über die Stabilität sowie die Lebensdauer der Geräte gebe es bislang keine Erkenntnisse.

Wie Herr Groeneveld dargestellt habe, wirke die Lärmbelastung teilweise störend auf den Unterricht. Auch gebe es keine Erkenntnisse, wie sich die Lärmbelastung durch Alterung der Geräte in den nächsten Jahren verhalte. Er denke, die Luftreinigungsgeräte seien als unterstützende Maßnahme nach einem sehr sinnvoll ausgearbeiteten Plan dort eingesetzt, wo die Lüftungsmöglichkeit eingeschränkt sei. Er betont, der Luftaustausch sei das Wesentliche in Verbindung mit dem passiven Schutz durch das Tragen einer Maske.

Er gibt zu bedenken, dass diese Geräte eine Lebensdauer von etwa 5 bis 7 Jahren hätten. Die Frage sei auch, ob die Aufstellung der Geräte dauerhaft gewollt sei oder ob es sich um eine Anschaffung ausschließlich für den Zeitraum der Pandemie handele. Sollte es sich um eine dauerhafte Investition handeln, müsste dazu übergegangen werden, Neubauten von Schulen von vorneherein mit einer Be- und Entlüftungsanlage und ggf. einer Klimatisierung auszustatten. Das wäre dann allerdings ein langfristiger Plan bis man alle Schulen sukzessive oder bei Neubau entsprechend ausgerüstet habe.

Herr Busch signalisiert seitens der FDP-Fraktion Verständnis für den Antrag. Er sei überzeugt, dass alle Beteiligten die Kinder schützen wollten und dies im besten Sinne auch machten. Seine Fraktion findet, dass die Verwaltung sehr verantwortungsvoll mit der Thematik umgehe und die Situation richtig einschätze. Er stimme den Ausführungen von Herrn Grendel zu. Er hoffe, dass sich nach der Pandemie wieder Normalität einstelle und sich Kinder wieder aktiv immunisieren könnten. Sofern die Pandemielage sich wider Erwarten verschlechtere, müsse dafür Sorge getragen werden, diese Geräte anzuschaffen.

Frau Mentjes widerspricht, es sei ein Irrglaube, dass es das Coronavirus irgendwann nicht mehr geben werde. Mit Blick auf andere Bakterien und Viren könnten Luftfiltergeräte eine Entlastung für Eltern darstellen.

Sie kritisiert die Argumentationen, dass noch keine ausreichenden Daten und Fakten vorliegen würden und das Lüften und das Tragen einer Maske wichtig seien. Es gebe bislang keine Messungen, die diese Theorie der Übertragung unterstützten. Ihrer Ansicht nach solle damit begonnen werden. Sie appelliere an die Zukunft der Kinder zu denken und weist auf Auswirkungen wie beispielsweise Nichtsozialisierung und Lerndefizite hin. Sie habe das Gefühl, diese Schwierigkeiten seien den Anwesenden egal.

Herr Grendel äußert Verständnis für das Engagement von Frau Mentjes. Er weist darauf hin, dass es wissenschaftliche Erkenntnisse und Daten über die Vermehrung und Verbreitung des Corona-Virus gebe. Nachvollziehbare Studien belegten, wie sich das Virus im Raum auswirke

Protokoll Nr. 2 über die Sitzung des Schulausschusses

und was Abzugsanlagen bewirken würden. Keine Erkenntnisse gebe es hinsichtlich der Filteranlagen. Er erklärt, in einem Klassenraum spiele die Positionierung des Gerätes eine Rolle sowie die Verwirbelungen und die Zuluft im Raum. Das könne labortechnisch nicht nachgewiesen werden und damit könne auch die Wirksamkeit nicht zu 100% belegt werden. Es handele sich nicht um Partikel, sondern um Viren, d. h. das Filtermaterial müsste nach einem bestimmten Zeitpunkt virentechnisch untersucht werden.

Luftfilteranlagen wiederum bieten eine Unterstützungsleistung bei mäßiger Lüftung, damit sich die Kinder nicht trotz Maske ansteckten. Eine Maske schütze zu 95%. Dennoch gebe es bei einer bestimmten Virenlast in einem Raum eine Ansteckungsfähigkeit. Damit ein Luftaustausch stattfinde, seien Lüftungsintervalle vorgesehen. Die Luftreinigung unterstützte dieses Vorgehen in den Klassenräumen, bei denen dieser Luftaustausch nur unzureichend sei, wenn z. B. nur kippbare oder zu wenige Fenster verbaut seien.

Die Geräte würden zusätzlich in die Klassenräume gebracht. Die Vor- und Nachteile seien abzuwägen. Tatsächlich hätten sich einige Schulen von diesem Konzept schon wieder verabschiedet, weil die Geräte aus ihrer Sicht eine höhere Belastung darstellten als dass sie tatsächlich Nutzen bringen

Herr Mennenga widerspricht, es gebe Studien, beispielsweise vom Max-Planck-Institut, die darstellten, dass eine Belüftung oder Entlüftung dementsprechend entgegenwirken würde. Er habe in der GS Larrelt zwei unterschiedliche Modelle in Augenschein genommen. Diese seien hinsichtlich der Lärmbelastung unterschiedlich zu regulieren. Er schließe sich der Aussage von Frau Mentjes an, für die Kinder sei in dieser Hinsicht zu wenig gemacht worden und es müsse schnellstmöglich dagegen gesteuert werden.

Herr Grendel erläutert nochmals, diese Geräte hätten unterschiedliche Lüftungsleistungen. Die Lüftungsleistung würde durch Umwälzung bestimmt. Diese sei messbar. Zudem könne unter labortechnischen Gesichtspunkten eine mögliche Filterleistung gemessen werden. Es gebe zwei Fabrikate, welche nach der Größe der Räume ausgesucht worden seien. Für große Klassenräume wären sonst bis zu drei der regelbaren Geräte notwendig gewesen. Aufgrund der Lärmbelastung habe man sich für zwei Systeme entschieden und habe diese in Abhängigkeit der Raumgröße installiert. Bei einem Herunterregeln der Geräte sei die Lüftungsleistung des Gerätes nicht mehr gegeben, sodass nur eine deutlich verminderte Wirkung erzielt würde. Die Drehzahl entscheide über die Umwälzleistung des Gerätes.

Frau Kruse weist darauf hin, dass es sich um eine Mitteilungsvorlage handle. Vor diesem Hintergrund lasse sie nur noch eine Wortmeldung zu.

Frau Lechner berichtet aus der Schulpraxis, es lägen keine Probleme mit dem Prinzip des Lüftens vor. Die Schüler*innen setzten das Lüften über die Fenster gut um und würden auch selber aktiv werden. Sie gehe davon aus, dass sie nicht auf eine andere Form umsteigen würde.

Herr Busch regt an, einen Pool für nicht mehr benötigte Luftfilteranlagen anzulegen, damit andere Klassenverbände darauf zugreifen könnten.

Herr Grendel stellt klar, selbstverständlich würden die nicht benötigten Geräte nicht ungenutzt in den Räumen verbleiben. Er weist darauf hin, dass das Aufstellen dieser Geräte nicht die Entscheidung der Klassenverbände sei, sondern die Verteilung nach einem bestimmten Muster erfolge.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Protokoll Nr. 2 über die Sitzung des Schulausschusses

TOP 7 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Herr Groeneveld bezieht sich auf die Anfrage der CDU-Fraktion zum Thema Endgeräte für Lehrkräfte in der Sitzung des Schulausschusses am 27.01.2022.

Die Anfragen der CDU-Fraktion lauteten:

- Welche Schulen bereits ausgestattet worden seien?
- Wie die Reihenfolge der Verteilung sein werde?
- Wie lang die Vorlaufzeit der Schulen betrage?

Er führt aus, aufgrund einer Ankündigung des Landes sei im Januar 2021 damit begonnen worden, nach Informationen zur Förderrichtlinie zu forschen. Die Förderrichtlinie sei dann im Mai 2021 veröffentlicht worden. Eine Information über den Richtlinienentwurf inklusive eines Vorschlags für die Umsetzung sei per Email an die Schulen versandt worden. Ein finanzieller Rahmen sei vom Land limitiert worden, so dass lediglich ein I-Pad finanzierbar gewesen sei. Den Schulen seien verschiedene Modelle angeboten worden. Nach der Rückmeldung der Schulen sei ein öffentliches Ausschreibungsverfahren im Juli 2021 erfolgt. Die Auftragserteilung erfolgte im September 2021. Die Lieferung der Tablets erfolgte am 18. und 19.01.2022. Das Zubehör sei teilweise nachgeliefert worden, wodurch sie die Auslieferung etwas verzögerte. Am 20.01.2022 erfolgte die Auslieferung der Geräte für die GS am Wall und den Berufsbildenden Schulen.

Aufgrund der Administration der Geräte sei im November 2021 bereits eine Abfrage erfolgt, d. h. die Schulen sollten mitteilen, welche Apps auf die Geräte aufgespielt werden sollten. Die Rückmeldung sei schleppend erfolgt. Demzufolge sei die Reihenfolge nicht von der Verwaltung vorgegeben worden.

Mittlerweile hätten die Grundschulen Fruchteburg, Westerbürg und Constantia, die OBS Borssum sowie die IGS ihre Geräte erhalten. Am 10.02.2022 erfolgte die Auslieferung der Geräte für die GS Grüner Weg und das Johannes-Althusius-Gymnasium.

Die Reihenfolge seitens der Stadt sehe vor, die OBS Borssum, die OBS Wybelsum, das Max-Windmüller-Gymnasium, die Grundschulen Larrelt, Cirksena und Petkum auszustatten.

Er weist auf Probleme bei der Installation der von den Schulen geforderten Apps hin, es werde hier noch auf die Freigabe der Firmen gewartet. Sobald diese Installation erfolgt sei, würden die Geräte ausgeliefert. Er gehe davon aus, dass die Auslieferung in dem vorangekündigtem Zeitrahmen bis spätestens Ende März erfolge.

Hinsichtlich der Vorlaufzeit antwortet er, die jeweilige Schule werde informiert, sobald ein Gerät auslieferfähig sei. Den Schulen sei die Vorgehensweise bekannt. Sollte seitens der Schule eine Vorlaufzeit benötigt werden, könnten dort die Geräte gelagert werden. Grundsätzlich seien die Schulen daran interessiert, möglichst schnell die Geräte zu erhalten.

Frau Kruse bedankt sich für die Informationen.

Protokoll Nr. 2 über die Sitzung des Schulausschusses

TOP 8 Anfragen

1. Digitalisierung Emders Schulen

Herr Held bedankt sich für die Beantwortung seiner Anfrage zum Thema Endgeräte für Lehrkräfte. Er sei erfreut über die Bemühungen der Verwaltung. Seine Frage nach der Vorlaufzeit habe den Hintergrund, dass in der Praxis Lehrkräfte den Umgang mit den Endgeräten lernen müssten und dafür schulinterne Lehrerfortbildungen angesetzt würden.

Er fragt, welche Maßnahmen der Fachdienst Schule, Bildung und Sport im Kontext der Haushaltsberatungen vorschläge, um die flächendeckende Versorgung mit WLAN an Emders Schulen zu beschleunigen. Er stelle diese Frage wohlwissend, dass die Umsetzung arbeitsintensiv sei. In diesem Zusammenhang möchte er auch wissen, ob die aktuelle Personalsituation im Medienzentrum ausreichend sei.

Herr Groeneveld antwortet, im Rahmen des Digitalpaktes seien Haushaltsmittel i. H. v. 3,6 Mio. € zur Verfügung gestellt worden. Diese Summe reiche für die Umsetzung aus. Umgesetzt wurde bereits ein Internetanschluss von mindestens 100 Mbit, ein vorläufiges, flächendeckendes WLAN und die Einrichtung von Iserv an allen Schulen. Hinzu kommen viele Einzelmaßnahmen die auf Grund der Einzelanforderungen umgesetzt wurden. Zur Schaffung der Infrastruktur sei das Medienzentrum personell ausreichend besetzt. Er hebt hervor, dass das Personal im Medienzentrum sehr motiviert und überdurchschnittlich aktiv sei.

Jedoch würden in den Prozess viele Faktoren hineinspielen. Es sei beispielsweise schwierig gewesen, allen Schulen einen 100 Mbit Internetanschluss zur Verfügung zu stellen. Ausschreibungsverfahren seien umfangreich und zeitintensiv. Auch Experten wie Baufachleute oder Elektrofachplaner müssten beteiligt werden. Diese würden jedoch nicht einfach zur Verfügung stehen. Als nächster Schritt werde die Ausschreibung der tatsächlichen Bauleistungen erfolgen. Die Fördergelder würden dann im Rahmen der Umsetzung der Bauleistungen größtenteils abgerufen sein.

Herr Held erkundigt sich, was die Politik machen könne, um den Prozess zu beschleunigen. **Herr Groeneveld** sehe derzeit keine Möglichkeit, den Prozess zu beschleunigen.

2. Stellenbesetzungsverfahren Schulleitungen

Herr Nützel macht darauf aufmerksam, dass in nächster Zeit einige Schulleiterstellen (IGS, OBS Herrentor und GS Constantia) neu zu besetzen seien. Er fragt nach einem Zwischenstand hinsichtlich der Bewerbungsverfahren. **Herr Groeneveld** weist darauf hin, dass Personalthemen in einer öffentlichen Sitzung nicht besprochen würden. Aktuell laufe das Verfahren. Eine Vorstellung würde in einem nicht öffentlichen Schulausschuss vorgenommen.

3. Unterrichtsversorgung

Herr Busch spricht die Veröffentlichung der Unterrichtsversorgung an niedersächsischen Schulen an. Darin würde Emden nicht gut abschließen. Er fragt nach den Ursachen und bittet um einen Bericht entweder in der nächsten Sitzung des Schulausschusses oder über das Protokoll. **Herr Groeneveld** sichert eine Antwort zu.

Protokoll Nr. 2 über die Sitzung des Schulausschusses

4. Schulsanierungen – Anfrage der SPD-Fraktion vom 07.12.2021

Herr Kruse bezieht sich auf die Anfrage der SPD-Fraktion zum Thema Schulsanierungen und erkundigt sich nach dem Sachstand. Im letzten Betriebsausschuss sei ausgesagt worden, dass eine Aufstellung in Bearbeitung sei. Vor dem Hintergrund, dass der nächste Betriebsausschuss erst für Mai terminiert sei fragt er, ob Herr Groeneveld sich diesbezüglich erkundigen könnte. **Herr Groeneveld** teilt mit, er könne zu dem jetzigen Arbeitsstand keine Aussage machen, da er nicht beteiligt sei. Er sichert eine Kontaktaufnahme zum Gebäudemanagement und eine Rückmeldung über den Betriebsausschuss zu.

Herr Grendel informiert, eine Aufstellung sei in der Bearbeitung. Aufgrund der Priorisierung der Maßnahmen müssten Rücksprachen mit den Schulen gehalten sowie Prüfungen durchgeführt werden. Dies nehme einen längeren Zeitraum in Anspruch. Abschließend könne mit dieser aktuellen Liste dann auch politisch gearbeitet werden. **Herr Kruse** macht deutlich, Bestandteil des Antrages sei eine Priorisierung gewesen. **Herr Grendel** weist auf die verschiedenen Priorisierungsschemen, wie beispielsweise gesundheitliche Belange, die Gebäudesubstanz etc. hin und dass diese gegeneinander schwer abzuwägen seien. Weil es sich um einen komplexen Bereich handele, bittet er um Geduld.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.